

Fazit

Das Staatsverständnis, welches den Vorgaben in dieser dritten Untersuchungsphase zugrunde lag, kann nicht eindeutig zugeordnet werden. Obwohl die untersuchten Jahre sehr stark vom (Binnen-)Markt und dessen vermutet positiven Folgen geprägt waren, wurde dem Staat weiterhin eine wichtige Rolle zugeschrieben. Gleichzeitig wurde festgestellt, dass »[i]n der Gemeinschaft [...] die Spielräume für die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten vor allem aufgrund von äußeren Sachzwängen sehr eng [seien]. [...] [Daher] ist die Effizienz der europäischen Politik insbesondere vom Grad ihrer Koordinierung abhängig« (83/674/EWG: 4). Die Vorgaben empfahlen den Mitgliedstaaten somit ein eher interventionistisches Verhalten, welches durch ein koordiniertes Vorgehen möglich gemacht werden sollte. Dies traf insbesondere auf den Bereich der Allokation sowie der Stabilisierung zu: In ersterem mussten sich die Mitgliedstaaten gemeinsam gegenüber den USA und Japan behaupten, indem sie den Binnenmarkt förderten, unter anderem durch die Bereitstellung öffentlicher Güter sowie teilweise Subventionen. Bei der Stabilisierung wurde ein gemeinsames Vorgehen ebenfalls als Wiedergewinnung bzw. Erweiterung der nationalstaatlichen Interventionsmöglichkeiten angesehen. Auch bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sollten die Staaten ihre Interventionsmöglichkeiten zum Teil ausbauen. Dies entspricht hauptsächlich einer kritischen Strategie; in Bezug auf öffentliche Güter mit allokativer Funktion, die Wachstum fördern sollen, ist auch eine affirmative oder einer revisionistische Strategie erkennbar.

Der Staat bzw. staatliches Handeln wurde jedoch auch als problematisch angesehen, sowohl was seine distributiven Aufgaben betraf als auch mit Blick auf die beiden gerade angesprochenen Bereiche Allokation und Stabilisierung. Daher wurde mit den Vorgaben auch die Absicht verfolgt, die Interventionsmöglichkeiten zu beschränken bzw. in gewissen Grenzen zu halten. So sollten die Beihilfen nicht den Wettbewerb oder Strukturwandel behindern, die Investitionen zur Stützung der Nachfrage nicht zu einer Erhöhung staatlicher Ausgaben oder zu hohen Defiziten führen – im Gegenteil, insgesamt sollten Subventionen, Staatsausgaben und Haushaltsdefizite zurückgeführt werden. Somit kann man davon sprechen, dass in dieser Phase neben Elementen der kritischen Strategie zur Stärkung eines interventionistischen Staates auch Aspekte der affirmativen und revisionistischen Strategie zu finden sind: Der Staat sollte zurückhaltender agieren, weshalb die Vorgaben auch die Absicht verfolgten, die staatlichen Interventionsmöglichkeiten einzuschränken bzw. die oben erwähnte Ausweitung in gewissen Grenzen zu halten.